

**Anette Langner**

## **Ausbildungspakt: Da sind alle gefragt**

*Zu den Vorwürfen der CDU/CSU Bundestagsfraktion gegen die Ausbildungspolitik der Bundesregierung („CDU: Rot-Grün ist schuld“, FR von heute) erklärt die Wirtschaftspolitikerin der SPD-Landtagsfraktion, Anette Langner:*

Mit dem Ausbildungspakt haben sich Bundesregierung, Wirtschaftsverbände und Bundesagentur für Arbeit verpflichtet, gemeinsam allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen jeweils bis Jahresende ein Ausbildungsangebot zu unterbreiten. Der Ausbildungspakt war die Antwort auf eine über Jahre hinweg nachlassende Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft. Die Bundesregierung hat auf Freiwilligkeit gesetzt. Sie hat weit reichende Zugeständnisse gemacht und hat in den letzten Jahren Rahmenbedingungen geschaffen, um der Wirtschaft die Einstellung von Auszubildenden zu erleichtern. Hierzu zählen neben vielen anderen Maßnahmen auch die Anpassung von Ausbildungsordnungen und der befristete Verzicht auf die Ausbildereignungsprüfung für ausbildende Betriebe.

Mit dem Sozialgesetzbuch II, seit 1.1.2005 in Kraft, wurde allen Jugendlichen und jungen Menschen unter 25 ein Rechtsanspruch auf Ausbildung, Beschäftigung oder Qualifizierung eingeräumt. Es sieht einen günstigen Betreuungsschlüssel, eine intensive individuelle Ausgestaltung der Unterstützung unter Beteiligung der Jugendlichen und nicht zuletzt die Begleitung ins Erwerbsleben vor. Dieser Rechtsanspruch ist ein gewaltiger Fortschritt in Sachen Berufseinstieg.

Weiterhin gibt es das Modell der Jugendkonferenzen, Ende 2004 ins Leben gerufen von Bundeswirtschaftsministerium und Bundesagentur für Arbeit. Die Länder haben weitere Möglichkeiten, die Ausbildungsbereitschaft zu fördern: Zum Beispiel durch einen Ausbau der berufsvorbereitenden Maßnahmen, wie sie in Schleswig-Holstein unter anderem vom Jugendaufbauwerk durchgeführt werden. Oder durch Ausbildungsakquisiteure, die gezielt Betriebe ansprechen und bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen unterstützen. Oder durch die Förderung einer engen Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schule, die in Schleswig-Holstein gut funktioniert. Oder durch die Moderation so erfolgreicher Zusammenschlüsse wie dem schleswig-holsteinischen Bündnis für Ausbildung, mit dem es seit Jahren gelungen ist, bei den Ausbildungszahlen bundesweit im Spitzenfeld zu bleiben – in enger Kooperation zwischen Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften.

Von Untätigkeit kann also keine Rede sein. Aber Ausbildungsstellen schaffen kann die Politik selbst nicht. Wir können Rahmenbedingungen schaffen, Voraussetzungen erleichtern, Betriebe unterstützen und Zusammenschlüsse moderieren. Die Ausbildungsplätze selbst muss die Wirtschaft dann zur Verfügung stellen. Das wird, davon bin ich überzeugt, in Schleswig-Holstein auch 2005 wieder überdurchschnittlich gut funktionieren – dank unserer engen Kooperation mit den Partnern aus allen gesellschaftlichen Bereichen.